Proteste der arabischen Staaten in Bonn wegen des Ausbaus der westdeutsch-israelischen Beziehungen

Im Mai 1965 nahmen Israel und die Bundesrepublik diplomatische Beziehungen auf. Dies sorgte für Verstimmungen in der arabischen Welt. Die Auslandsspionage der Stasi verfolgte die Entwicklung dieser diplomatischen Gemengelage.

Am 12. Mai 1965 vereinbarten Bundeskanzler Ludwig Erhard und der israelische Premierminister Levi Eschkol die Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Dem Datum war eine jahrelange offizielle und geheime Annäherung zwischen Israel und der Bundesrepublik vorausgegangen.

Die DDR dagegen unterhielt – anders als die übrigen Staaten des Ostblocks – zu keinem Zeitpunkt diplomatische Beziehungen zu Israel. Mit ihrer offen antizionistischen Haltung fand die DDR zunehmend Anerkennung in der arabischen Welt. Im Gegensatz dazu verlor die Bundesrepublik wegen ihrer Unterstützung Israels bei den arabischen Ländern an Ansehen und musste befürchten, dass diese die DDR als souveränen Staat anerkennen könnten.

Die westdeutsche Außenpolitik war zu dieser Zeit von der "Hallstein-Doktrin" geprägt. Nahm ein Land diplomatische Beziehungen zur DDR auf, wertete die Bundesrepublik dies als "unfreundlichen Akt", der zum Abbruch der diplomatischen Kontakte führen konnte.

Bereits vor der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel verfolgte die Stasi die politische Diskussion um die Annäherung beider Staaten. Im November 1962 hatte sich Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier bei einem Besuch in Israel für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen ausgesprochen.

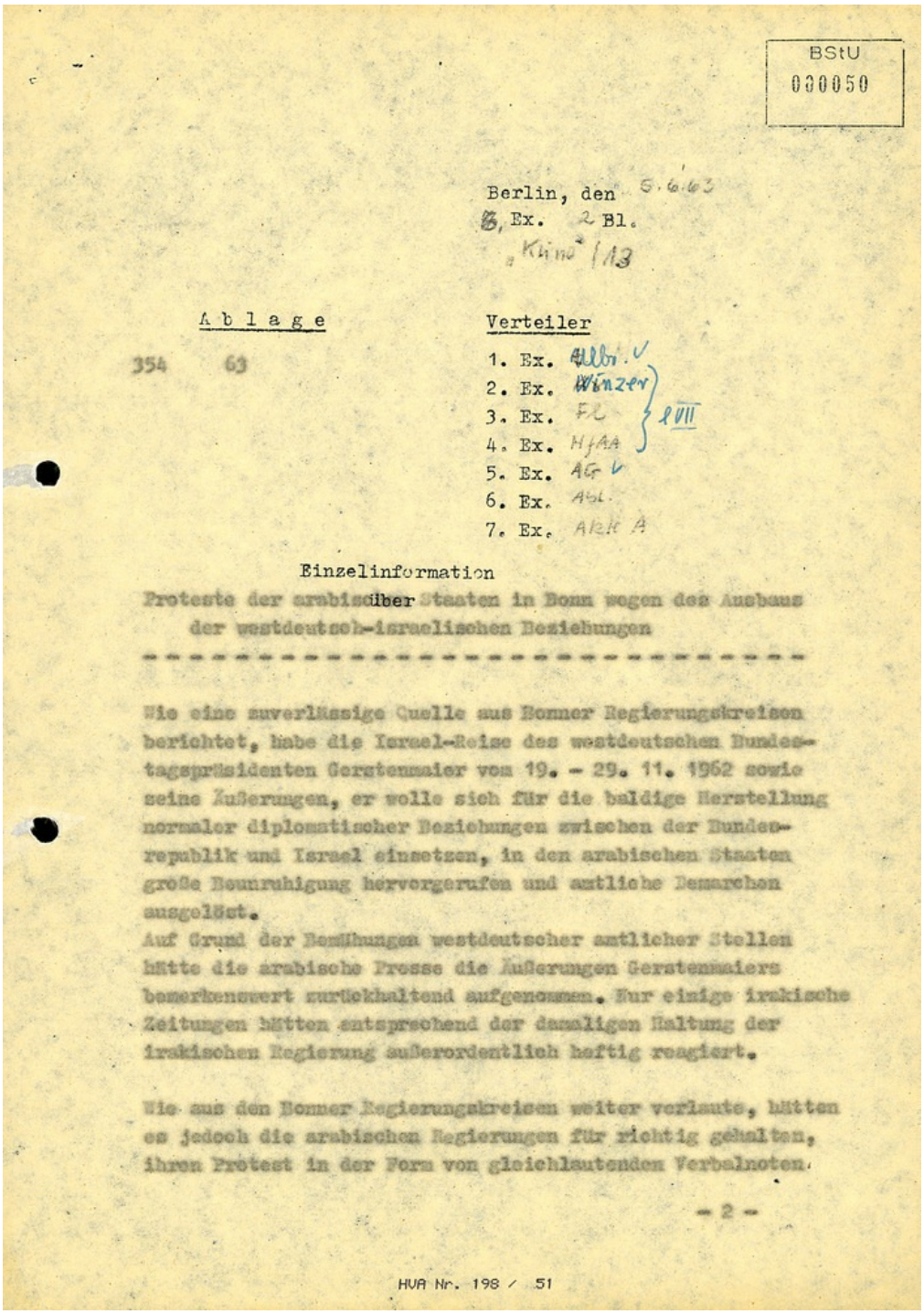
Die vorliegende Einzelinformation einer "Quelle aus Bonner Regierungskreisen" berichtet von den darauf folgenden diplomatischen Protesten der arabischen Staaten gegen die westdeutsche Haltung zu Israel. Bemerkenswert ist, dass die erwähnten "Verbalnoten" der arabischen Staaten an die Bundesregierung im Januar 1963 erfolgten, die HV A jedoch erst am 5. Juni 1963 die DDR-Führung darüber unterrichten konnte. Angesprochen wird hier auch die Antwort der Bundesrepublik auf die "Verbalnoten" im März 1963. Damit stellte sie klar, dass sich ihre Haltung hinsichtlich der Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel nicht verändert habe. Der Bericht lieferte also keine tagesaktuellen Informationen, sondern griff mehrere Monate zurückliegende Ereignisse auf.

Signatur: BStU, MfS, HV A, Nr. 198, Bl. 50-51

Metadaten

Diensteinheit: Hauptverwaltung Aufklärung
Überlieferungsform: Dokument
Datum: 5.6.1963
Rechte: BStU

Proteste der arabischen Staaten in Bonn wegen des Ausbaus der westdeutsch-israelischen Beziehungen



BStU
000050

Berlin, den 5.6.63
3, Ex. 2 Bl.
„Klino" /13

Ablage

354 63

Verteiler

1. Ex. Albi. ✓
2. Ex. Winzer
3. Ex. Fl
4. Ex. HfAA
5. Ex. AG ✓
6. Ex. Abl.
7. Ex. Akk A

l VII

Einzelinformation

Proteste der arabischen Staaten in Bonn wegen des Ausbaus der westdeutsch-israelischen Beziehungen

- -

Wie eine zuverlässige Quelle aus Bonner Regierungskreisen berichtet, habe die Israel-Reise des westdeutschen Bundestagspräsidenten Gerstenmaier vom 19. - 29. 11. 1962 sowie seine Äußerungen, er wolle sich für die baldige Herstellung normaler diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel einsetzen, in den arabischen Staaten große Beunruhigung hervorgerufen und amtliche Demarchen ausgelöst.
Auf Grund der Bemühungen westdeutscher amtlicher Stellen hätte die arabische Presse die Äußerungen Gerstenmaiers bemerkenswert zurückhaltend aufgenommen. Nur einige irakische Zeitungen hätten entsprechend der damaligen Haltung der irakischen Regierung außerordentlich heftig reagiert.

Wie aus den Bonner Regierungskreisen weiter verlaute, hätten es jedoch die arabischen Regierungen für richtig gehalten, ihren Protest in der Form von gleichlautenden Verbalnoten.

- 2 -

HVA Nr. 198 / 51

Signatur: BStU, MfS, HV A, Nr. 198, Bl. 50-51

Blatt 50

Proteste der arabischen Staaten in Bonn wegen des Ausbaus der westdeutsch-israelischen Beziehungen

BStU
000051

zur Kenntnis der westdeutschen Bundesregierung zu bringen.
An diese Aktion hätten sich alle arabischen Staaten einschließlich Iraks aber mit Ausnahme Kuweits, mit dem Westdeutschland keine diplomatischen Beziehungen unterhalte, des Jemens, der mit seinen eigenen Angelegenheiten beschäftigt sei, und Algerien, welches in Bonn noch nicht vertreten ist, beteiligt.
Die Noten würden textlich fast vollständig miteinander übereinstimmen und die Besorgnis der arabischen Staaten über die Haltung gewisser Kreise in der Bundesrepublik zum Staat Israel zum Ausdruck bringen. Israel bedroht unmittelbar die arabischen Staaten, sei in den Noten ausgeführt worden.
Die Äußerungen Gerstenmaiers, er sei entschlossen, auf die Herstellung diplomatischer Beziehungen mit Israel zu drängen, habe daher in den betreffenden arabischen Staaten große Sorge und bittere Gefühle gegenüber der Bundesrepublik hervorgerufen.

In den Noten sei nicht versäumt worden zu erwähnen, die betreffenden Regierungen seien der Ansicht, daß die Bundesrepublik die Probleme der arabischen Staaten kenne, ebenso wie diese sich über die vitalen Probleme Deutschlands bewußt seien.
Diese Wendung, so werde von den Bonner Regierungskreisen eingeschätzt, würde bedeuten, daß die arabischen Staaten ihre Drohung aufrechterhalten, die Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen Westdeutschland und Israel mit der vollen völkerrechtlichen Anerkennung der DDR zu beantworten.

Abschließend hätten die genannten Kreise zum Ausdruck gebracht, die Bonner Regierung habe den arabischen Vertretungen in der Bundesrepublik in einer Note mitgeteilt, daß eine Änderung der bisher eingenommenen Haltung der Bundesregierung hinsichtlich der Probleme des Nahost-Raumes, insbesondere der Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel nicht eingetreten sei.

Die Information darf aus Gründen der Sicherheit der Quelle publizistisch nicht ausgewertet werden.

Signatur: BStU, MfS, HV A, Nr. 198, Bl. 50-51

Blatt 51